

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis,

weniger als vier Wochen noch, dann ist schon Bundestagswahl. Die Plakate hängen inzwischen schon überall in den Straßen und auch die ersten Wahlwerbepots der Parteien sind schon erschienen.

In dieser Ausgabe der „Wahlkreispost“ stelle ich euch – falls ihr ihn noch nicht sehen konntet – gerne den Werbespot von Martin Schulz und der SPD vor. Ich finde ihn sehr gelungen, weil er ganz genau das ausdrückt, wofür wir bei der anstehenden Bundestagswahl kämpfen: Ein modernes Land, das Zukunft hat, weil es gerecht ist.



Darüber hinaus geht es in der heutigen „Wahlkreispost“ um die jüngsten Äußerungen von CDU-Landeschefin Julia Klöckner, die sich einmal mehr einer fragwürdigen Sprache bedient, die stark an andere – leider – im Landtag vertretene Parteien erinnert. Demgegenüber hat die SPD-geführte Landesregierung vor Kurzem ein neues und sehr umfangreiches Integrationskonzept vorgelegt, das ich euch ebenfalls gerne in dieser „Wahlkreispost“ näher bringen möchte.

Ebenso möchte ich euch unter der Rubrik „Mein Tipp zum Klicken“ gerne die „Wir-Hymne“ vorstellen: das frischgebackene Imagevideo von Rheinland-Pfalz, mit dem die Landesregierung von nun an für unser Land und seine Menschen werben wird. Dass es dazu wirklich allen Grund gibt, wird in dem musikalischen Clip mehr als deutlich.

„Last but not least“ gab es in den vergangenen Tagen auch ordentlich etwas zu feiern: Der Landesteilhabebeirat, das Gremium für die Belange behinderter Menschen, wurde 25 Jahre alt. Im Folgenden findet ihr aus diesem Anlass eine Würdigung seiner wertvollen Arbeit.

Viel Spaß bei der Lektüre – und eine gute Woche, wünsche ich euch!  
Eure Sabine

## Neuer Wahlwerbespot: „Es ist Zeit.“

Letzte Woche begann Martin Schulz seine große Deutschland-Tour in Bremen und machte bei einem Auftritt mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Bundesfamilienministerin Katarina Barley in ihrer Heimatstadt Trier schon Halt in Rheinland-Pfalz.



Unterdessen lief der erste Wahlwerbespot der SPD über die (Computer-)Bildschirme der Nation. Darin stellt SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz die Frage: Wenn Gerechtigkeit heute kein Thema mehr wäre, warum ist dann eines der ersten Dinge, die wir unseren Kindern beibringen, gerecht zu teilen? Und dass die Starken den Schwachen helfen sollen? Warum lehren wir sie, dass keiner ist gleicher als der andere ist? Warum sagen wir ihnen, alles ist möglich, egal ob Mädchen oder Junge – egal wo du herkommst? Warum bestärken wir unsere Kinder in dem Glauben, dass sie diese Welt besser machen können? Für Schulz ist klar: „Gerechtigkeit wird immer ein Thema sein, denn nur eine gerechte Gesellschaft hat eine Zukunft.“

Der Spot macht deutlich: Es lohnt sich, für ein gerechtes Deutschland zu kämpfen – und dafür werden Martin Schulz und die SPD in den kommenden Wochen werben. Denn es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für Martin Schulz.

Wer den Werbespot bisher noch nicht sehen konnte oder ihn gerne noch einmal ansehen möchte, kann dies auch online auf YouTube tun. Folgt einfach dem nachfolgenden Link: [Klick!](#)

# KLÖCKNER DRIFTET IN AFD-SPRECH AB

*Frauengleichstellung zur Stimmungsmache instrumentalisiert*

Die CDU Rheinland-Pfalz hat ein Papier mit dem Titel „Rechtsstaat statt Gottesstaat“ vorgestellt. Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz, erkennt darin ein altbekanntes Muster: „Es ist ein typischer Reflex von Frau Klöckner, kurz vor Wahlterminen Papiere rechts der Kanzlerin vorzulegen. Sie buhlt wieder einmal um jede Stimme vom rechten Rand. Politik darf aber nicht auf Angstmake und Stimmungsmache basieren. Die CDU ist mit diesem Papier erneut weit davon entfernt, seriöse Politik zu machen. Es wäre eher bei AfD-Vertretern zu vermuten gewesen, was Frau Klöckner da vorlegt.“

Stich ist entsetzt über die Themensetzung in dem CDU-Papier: „Integration ist für die CDU offenbar keine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das geht in gefährlicher Weise an der Realität vorbei. Während Erika Steinbach mittlerweile schon Anzeigen schaltet, in denen sie erklärt, warum sie die AfD wählt, zeigt sich Julia Klöckner auch immer mehr als AfD-Getriebene.“



Stich weiter: „Zudem ist es erschütternd, dass die aktuelle Diskussion wieder einmal zeigt, dass die Gleichstellung von Mann und Frau für Frau Klöckners Partei offenbar nur dann eine Rolle spielt, wenn sie zur Stimmungsmache gegen Muslime verwendet werden kann. Geht es hingegen um Initiativen, die tatsächlich zu

mehr Gleichstellung führen würden, verschleppt und blockiert die CDU am laufenden Band – sei es bei gebührenfreier Bildung, dem Entgeltgleichheitsgesetz oder dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.“

# NEUES INTEGRATIONSKONZEPT DES LANDES

*Dreyer/Spiegel: „Weichen für die kommenden Jahre gestellt“*

Die Landesregierung hat heute im Rahmen einer großen integrationspolitischen Veranstaltung ihr neues Integrationskonzept „Gemeinsam für Chancengleichheit, Weltoffenheit und Akzeptanz“ vorgestellt. Damit stellt sie die Weichen für ihre Integrationspolitik der kommenden Jahre. „Es geht darum, Menschen mit Migrationshintergrund die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen, wie etwa Bildung, Arbeit und Ausbildung oder im Gesundheitsbereich. Alle Menschen sollen in Rheinland-Pfalz ihre Heimat finden können, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht oder Religion“, unterstrichen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Integrationsministerin Anne Spiegel.



„Integration ist eine der großen Aufgaben der Gesellschaft und ein wichtiger Schwerpunkt der Landesregierung. Sie betrifft unzählige Politikfelder. Daher ist es richtig, dass wir diese Querschnittsaufgabe in einem eigenen Ministerium mit Anne Spiegel an der Spitze gebündelt haben“, sagte die Ministerpräsidentin. „Bei manchen löst die Zuwanderung auch Sorgen aus. Das nehmen wir ernst und arbeiten konsequent an einer Integration.“ Es müsse gehandelt werden, bevor aus Ängsten Hass entstehen könne: „Wir wollen, dass alle Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfäzlerinnen darauf vertrauen können, dass sie die Chance haben, sich zu entfalten. Um für diesen Zusammenhalt zu sorgen, braucht es eine klare Haltung und eine kluge Integrationspolitik.“

„Zuwanderung trägt maßgeblich zum Erfolg des Landes bei und wir wollen Integration gemeinsam gestalten und allen Menschen die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglichen“, erklärte Ministerin Spiegel. „Das Integrationskonzept bietet hierfür den Rahmen: Wir setzen auf einen breiten Zugang zu Deutschkursen, auf eine gelingende Integration in den Bildungs- und Arbeitsmarkt und die Gewaltprävention sowie die Stärkung des Ehrenamts und die interkulturelle Öffnung der Gesellschaft.“

Das neue Integrationskonzept ist in sechs Handlungsfelder unterteilt. Es enthält für diese jeweils eine Bestandsaufnahme über bestehende Projekte, es formuliert Ziele und skizziert Wege, wie diese erreicht werden sollen.

Dies sind die einzelnen Handlungsfelder:

- Bildung und Sprache
- Berufsausbildung und Arbeitsmarkt
- Familie, Frauen und Jugend
- Gesundheit
- Religionen
- Kunst und Kultur.

Das Integrationskonzept wurde im Rahmen der integrationspolitischen Veranstaltung „Gelebte Integration in Rheinland-Pfalz“ präsentiert. Dabei wurde in einer der Gesprächsrunden die Migrationsgeschichte beleuchtet. „Wenn wir Integration heute erfolgreich gestalten wollen, lohnt sich der Blick zurück, um aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zu lernen“, erklärte der Integrationsbeauftragte des Landes, Miguel Vicente. „Entsprechend wird das Integrationskonzept auch in Zukunft immer wieder an die aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen angepasst werden. Dieses Konzept ist als ein dynamischer Prozess zu verstehen, den wir in enger Zusammenarbeit unter anderem mit dem Landesintegrationsbeirat begleiten werden.“



In einer weiteren Gesprächsrunde ging es um die große Bedeutung des Ehrenamts in der Flüchtlingsarbeit. „Das ehrenamtliche Engagement aller vielen Menschen ist für die Integration von unschätzbarem Wert. Dieses ehrenamtliche Engagement zu würdigen und zu unterstützen, ist auch in Zukunft ein wichtiges Anliegen der Landesregierung“, betonte Spiegel. Auch dies ist als Ziel im neuen Integrationskonzept verankert.

Das Integrationskonzept steht zum Download auf unserer Homepage unter: <https://mffjiv.rlp.de> bereit.



## MEIN TIPP ZUM KLICKEN: DIE „WIR-HYMNE“

Rheinland-Pfalz stellt sich seit der vergangenen Woche mit einer „Wir-Hymne“ vor. An diesem Imagefilm haben 488 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ehrenamtlich mitgewirkt. Ab heute werden sie für das Land und seine Menschen werben.

"Wir wollen zeigen, wie schön und besonders Rheinland-Pfalz ist. Es sind die Menschen bei uns, die unser Land zu unserer Heimat machen. Ich bin stolz und überglücklich, dass so viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mitgemacht haben bei unserer Wir-Hymne! Wir haben die 'Ode an die Freude' ausgewählt, weil sie als Europahymne für das steht, was wir in Rheinland-Pfalz leben: Einheit in der Vielfalt und weil sie dazu aufruft, Gräben zu überwinden", sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Von Hard-Rock bis Operngesang ist alles dabei. Schaut doch einfach mal rein, wie euch das Ergebnis gefällt: [Klick!](#)

## 25 JAHRE LANDESTEILHABEBEIRAT

*Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Landesbehindertenbeauftragter Matthias Rösch gratulieren*

„25 Jahre Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen bedeutet: In der Politik mit und für Menschen mit Behinderungen bringen engagierte Personen ihre langjährig gewonnenen Erfahrungen sowie wichtige Impulse und Anregungen in die politische Arbeit der Landesregierung beratend mit ein. Nur ein aktiver und engagierter Landesbeirat hilft uns als Landesregierung bei der Umsetzung einer an Gleichstellung, Teilhabe und Selbstbestimmung ausgerichteten Politik“, sagte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler im Rahmen der Feierstunde des Jubiläums.

Der Landesteilhabebeirat berät und unterstützt die Landesregierung in der Politik von und für Menschen mit Behinderungen. „Dass heute in Rheinland-Pfalz die Beteiligung der Menschen mit Behinderungen und ihrer Verbände ein fester Bestandteil der Politik ist, hat entscheidend mit den vielfältigen Initiativen des Landesbeirates und der großen Kompetenz der Mitwirkenden zu tun“, lobte der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen und Vorsitzender des Gremiums, Matthias Rösch, die Arbeit des Beirats.



Primäre Aufgabe des Landesbeirates als zentrales Beratungs- und Beteiligungsorgan in der Politik von und für Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz ist die gesetzlich festgelegte Beteiligung bei der Erstellung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Landes. Hierzu zählen in den letzten 25 Jahren die Empfehlungen des Landesbeirates zur inklusiven Bildung und Erziehung sowie Stellungnahmen zur Novellierung des Landesschulgesetzes und zur Landesbauordnung aber auch die Empfehlungen zur Novellierung des Landesgesetzes zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen, das in dieser Legislaturperiode novelliert wird.

Ein weiterer Fokus seiner Arbeit liegt auf der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Rheinland-Pfalz. Dabei war ein Arbeitsschwerpunkt des Gremiums die Fortschreibung des Landesaktionsplans. Die hierfür eingerichtete Arbeitsgruppe „Aktionsplan plus“ hat die Fortschreibung vom ersten Tag an kontinuierlich begleitet. In ihren Sitzungen hat die Arbeitsgruppe den Fortschreibungsprozess von Beginn an partizipativ und transparent begleitet, Anregungen gegeben, Fragen gestellt und Stellung zu den 10 Handlungsfeldern des Landesaktionsplans genommen.

„Diese Stellungnahmen zeigen auf, wo noch Lücken im Landesaktionsplan bestehen, sie machen deutlich, wo im Sinne der Inklusion weitere Maßnahmen notwendig sind. Sie bestätigen uns aber auch in unserer Arbeit, dass wir als Landesregierung auf einem richtigen Weg für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sind“, so die Ministerin. „Nach dem Motto ‚Leben wie alle – mittendrin von Anfang an‘ will die Landesregierung, wie es auch die UN-Behindertenrechtskonvention vorgibt, dass Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Und das von Anfang an und in allen Lebensbereichen. Bei allen Weiterentwicklungsprozessen ist es daher sehr wichtig, alle Akteure zu beteiligen.“

„Wir danken den Mitgliedern des Landesbeirates heute sehr herzlich für ihr großes Engagement in den vergangenen 25 Jahren und möchten Sie ermutigen, auch weiterhin für die Anliegen von Menschen mit Behinderungen aktiv zu sein. Denn die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die von uns allen als Aufgabe zur Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft verstanden wird, braucht weiter Ihre Unterstützung“, betonten Bätzing-Lichtenthäler und Rösch.



Am 24. Juni 1992 fand die erste Sitzung des Landesbeirats mit damals 29 Mitgliedern statt. Heute nach 25 Jahren sind im Landesbeirat 51 Vertreterinnen und Vertreter aus Landesbehindertenverbänden, Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderungen, kommunalen Spitzenverbänden, der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie aus Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen wie Werkstattträtern, kommunalen Behindertenbeauftragten und -beiräten aktiv, die wichtige Impulse und Anregungen in die politische Arbeit der Landesregierung mit einbringen. Der Landesbeirat tagt viermal im Jahr.